



AS (16) DRS 1 G
Original: English

ENTWURF EINER ENTSCHESSUNG

FÜR DEN ALLGEMEINEN AUSSCHUSS FÜR POLITISCHE ANGELEGENHEITEN UND SICHERHEIT

25 Jahre parlamentarische Zusammenarbeit: Vertrauensbildung durch Dialog

**BERICHTERSTATTERIN
Fr. Margareta Cederfelt
Schweden**

Tiflis, 1. – 5. Juli 2016

ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG FÜR DEN ALLGEMEINEN AUSSCHUSS FÜR POLITISCHE ANGELEGENHEITEN UND SICHERHEIT

Berichterstatterin: Fr. Margareta Cederfelt (Schweden)

1. in Bekräftigung der historischen Bedeutung und unverminderten Gültigkeit der Leitprinzipien und gemeinsamen Werte der 1975 unterzeichneten Schlussakte von Helsinki mit ihren Verpflichtungen in politisch-militärischen, wirtschaftlichen, ökologischen, humanitären und Menschenrechtsfragen,
2. unter Hinweis auf die 1990 verabschiedete Charta von Paris für ein neues Europa, die das Fundament für ständige Institutionen wie die Parlamentarische Versammlung der OSZE und ihre operativen Fähigkeiten legte, sowie auf die Erklärung von Madrid von 1991, die die Arbeitsweise und das Mandat der Versammlung festlegte,
3. erfreut über die Ministererklärung über verstärkte Bemühungen der OSZE zur Bekämpfung des Terrorismus, die unter dem Eindruck der jüngsten Terroranschläge auf dem Ministerrat in Belgrad 2015 verabschiedet wurde,
4. mit dem Ausdruck des Bedauerns, dass der Ministerrat von Belgrad über Beschlüsse zu den drei Sicherheitsdimensionen der OSZE keine Einigung erzielen konnte, was die seit Jahren in der Organisation anwachsende Neigung zu Blockaden und Misstrauen widerspiegelt,
5. in Würdigung der endgültigen Schlussfolgerungen des Helsinki-+40-Projekts der OSZE/PV und der Anregungen bezüglich neuer Instrumente und Methoden für den weiteren Weg mit einem Fokus auf der Rolle der parlamentarischen Diplomatie im Allgemeinen und der Parlamentarischen Versammlung der OSZE im Besonderen,
6. betonend, dass es weiterhin notwendig ist, sich stärker für eine friedliche Beilegung von Langzeitkonflikten im OSZE-Raum einzusetzen, und zwar auf dem Verhandlungsweg, unter Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt, mit Respekt vor der territorialen Integrität und Souveränität der beteiligten Länder und unter Einhaltung der Charta der Vereinten Nationen und der Schlussakte von Helsinki,
7. unter erneutem Hinweis auf die Ergebnisse der Herbsttagung 2015 in Ulan Bator, die sehr deutlich gemacht haben, dass die Parlamentarier viel beitragen können zum notwendigen politischen Willen, die Flüchtlingskrise im OSZE-Raum dauerhaft zu meistern,
8. betonend, dass es wichtig ist, das Wiener Dokument über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen zu aktualisieren und zu modernisieren, um die Offenheit, Transparenz und Vorhersehbarkeit im militärischen Bereich zu erhöhen, und Bezug nehmend auf die Entschlüsse der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, welche die Notwendigkeit, diese Arbeit fortzusetzen, unterstreichen,

9. unter Verurteilung des transnationalen Terrorismus in all seinen Formen und in der Erkenntnis, dass er eine Bedrohung und eine Verantwortung darstellt, die alle Teilnehmerstaaten teilen,
10. tief besorgt über die Krise in und um die Ukraine, einschließlich der rechtswidrigen Annexion der Krim, und unterstreichend, dass die OSZE bei der Einbeziehung aller Parteien in einen konstruktiven Dialog sowie bei der Überwachung und Förderung der Umsetzung aller OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen vor Ort eine wichtige Rolle spielt,
11. unter Hinweis auf die Notwendigkeit, die Vertretung der Frauen im gesamten OSZE-Raum, vor allem in der politisch-militärischen Dimension, zu stärken,

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE:

12. ruft die Teilnehmerstaaten und Kooperationspartner auf, innerstaatliche Rechtsvorschriften zur Terrorismusbekämpfung abzustimmen und zu harmonisieren und Maßnahmen zu ergreifen, mit denen sich die Finanzierung von Terrororganisationen unterbinden lässt;
13. ruft die OSZE dazu auf, ihre Bemühungen um pragmatische Unterstützung von Teilnehmerstaaten bei der Terrorismusbekämpfung zu verdoppeln und Best Practices zu fördern;
14. legt den Teilnehmerstaaten und Kooperationspartnern nahe, ihre Anti-Terror-Rechtsrahmen gemäß den Best Practices der OSZE zu überarbeiten, und fordert die OSZE-Institutionen auf, deren Umsetzung angemessen zu kontrollieren;
15. regt nationale Gesetzesinitiativen zur Terrorismusbekämpfung an, und betont, dass sie zentrale OSZE-Prinzipien, zum Beispiel die Meinungsfreiheit, achten müssen;
16. fordert, den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Anti-Terror-Abteilungen der Nachrichtendienste von OSZE-Teilnehmerstaaten zu verstärken;
17. fordert die OSZE mit Nachdruck auf, ihre Frühwarnmechanismen zu reformieren und zu stärken und dafür zu sorgen, dass der Prozess, einmal ausgelöst, nicht von der Politik unterlaufen wird;
18. fordert dazu auf, die Zusammenarbeit mit OSZE-Kooperationspartnern zur Bekämpfung des Menschenhandels samt seinen Verbindungen zu Terrorismus und illegaler Migration auszubauen;
19. fordert alle Parteien mit Nachdruck auf, das Maßnahmenpaket zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen vollständig umzusetzen, das am 12. Februar 2015 in Minsk von allen unterzeichnet und verabschiedet wurde, die auch das Minsker Protokoll vom 5. September 2014 und das Memorandum vom 19. September 2014 unterzeichnet haben – ein wesentlicher Schritt hin zu einer friedlichen Beilegung der Krise in und um die Ukraine;

20. unterstreicht die Achtung der in der Schlussakte von Helsinki verankerten Prinzipien der Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität der Staaten, der friedlichen Regelung von Streitfällen, der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker und fordert die Russische Föderation auf, ihre Aggressionen einzustellen und die illegale Annexion der Autonomen Republik Krim rückgängig zu machen;
21. fordert einen internationalen Friedenssicherungseinsatz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und der OSZE, um die Minsker Vereinbarungen zu stärken;
22. ruft die OSZE und alle Teilnehmerstaaten dazu auf, die Sonderbeobachtermission in der Ukraine zu stärken und sicherzustellen, dass sie die zur Erfüllung ihrer schwierigen Aufgaben erforderlichen Finanzmittel erhält;
23. wiederholt ihren Appell, die Ermittlungen zum Abschuss von Flug MH17 der Malaysia Airlines transparenter zu gestalten und entschlossener voranzutreiben, und fordert Gerechtigkeit für die Opfer und ihre Familien;
24. begrüßt die Bildung des Ad-hoc-Ausschusses der OSZE/PV für Migration und appelliert an alle Teilnehmerstaaten und Kooperationspartner, sich vor Ort politisch stärker zu engagieren und enger zusammenzuarbeiten;
25. anerkennt die zentralen humanitären und Sicherheitsaspekte der Flüchtlingskrise, appelliert indes an die nationalen Regierungen, die Krise nicht zu politisieren;
26. fordert, als Antwort auf die Flüchtlingskrise konkrete Maßnahmen zu ergreifen, und schlägt vor, den Zugang zur OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement in Duschanbe für alle Teilnehmerstaaten zu erleichtern;
27. äußert Besorgnis angesichts der militärischen Eskalation im Konfliktgebiet Berg-Karabach und begrüßt das aktive Engagement des OSZE-Vorsitzes bei der Erarbeitung politischer Lösungen für Langzeitkonflikte im OSZE-Raum im Rahmen etablierter Verhandlungsformate und -mechanismen;
28. ruft die Parlamentarier dazu auf, den politischen Willen der Beteiligten in der Region zu stärken, sich für ernsthafte Bemühungen um eine Vereinbarung über vertrauensbildende Maßnahmen einzusetzen, das Risiko weiterer Feindseligkeiten entlang der Berg-Karabach-Konfliktzone zu reduzieren und eine umfassende Einigung im Rahmen der Minsk-Gruppe auszuhandeln;
29. fordert mehr politischen Willen zu einer Lösung des Problems der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen sowie eine entschlossenerere, zügigere Umsetzung unterzeichneter Vereinbarungen und bekräftigt das unveräußerliche Recht der Menschen in den Republiken Armenien, Aserbaidschan und Georgien, in der Republik Moldau und in der Ukraine, die durch den Konflikt zu Vertriebenen wurden, sicher und in Würde in ihre Häuser zurückzukehren;
30. fordert die Russische Föderation mit Nachdruck auf, das von der EU vermittelte Sechspunkte-Abkommen vom 12. August 2008, das den Konflikt in den geographischen Regionen Abchasien und Südossetien beilegt, vorbehaltlos umzusetzen;

31. ruft die Russische Föderation auf, den freien Transit und Zugang zu humanitärer Hilfe in den Regionen Abchasien und Südossetien zu gewährleisten, und zwar unabhängig von der Grenzübergangsstelle;
32. legt den Teilnehmerstaaten nahe, den internationalen Dialog über Sicherheits- und Stabilitätsvereinbarungen in Abchasien und Südossetien zu intensivieren;
33. bekräftigt den OSZE-Aktionsplan 2004 zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern und sein Ziel, Gewalt gegen Frauen zu verhüten und ihre Beteiligung am politischen und öffentlichen Leben, an der Verhütung von Konflikten, an Krisenmanagement und am Wiederaufbau nach Konflikten zu fördern;
34. legt den Teilnehmerstaaten nahe, Maßnahmen zu fördern, die Frauen umfassende Sicherheitsgarantien und humanitäre Soforthilfe bieten – in allen Phasen des Konfliktzyklus und im Einklang mit den Resolutionen des UN-Sicherheitsrats Nr. 1325 und Nr. 1820;
35. ruft die Parlamentarische Versammlung zur Fortführung ihrer Arbeit auf und die Parlamentarier dazu, aktiver zu sein und auf dem Wege der Vertrauensbildung durch Dialog ihr politisches Engagement zu verstärken;
36. fordert demokratische und gesetzgeberische Rechenschaftspflicht, um der Korruption entgegenzuwirken und politische Integrität zu erhöhen;
37. fordert eine intensivere internationale Zusammenarbeit, auch mit Internetunternehmen und anderen Akteuren in Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft, um gewalttätigem Extremismus im Internet und einer Online-Rekrutierung von Terroristen wirksamer zu begegnen und gleichzeitig Grundrechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung und auf Informationsfreiheit zu verteidigen;
38. fordert die Teilnehmerstaaten mit Nachdruck auf, eine auf Aufklärung und Vorbeugung abzielende Zusammenarbeit mit den Medien im OSZE-Raum zu befürworten und zu fördern, um terroristischer Propaganda entgegenzuwirken, vor allem durch Fortbildungen für unabhängige Journalisten.

**GENERAL COMMITTEE ON
POLITICAL AFFAIRS AND SECURITY**

PROPOSED AMENDMENT to the DRAFT RESOLUTION

on

***25 Years of Parliamentary Co-operation:
Building Trust Through Dialogue***

[Set out text of Amendment here:]

Principal Sponsor:

Mr/Mrs	Family Name in Capital Letters	Country	Signature

Co-sponsored by:

Mr/Mrs	Family Name in Capital Letters	Country	Signature